

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 6. November 2020

**Dossier 6997, «10vor10» vom 28. September 2020, Berichterstattung
«Konzernverantwortungsinitiative»**

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 6. Oktober 2020 beanstanden Sie besagten «10vor10»-Bericht wie folgt:

«Lukas Golder, Co-Leiter und Verwaltungsratspräsident von gfs.Bern, tritt in der angegebenen Sequenz als unabhängiger Experte auf und stellt Mutmassungen über das Kampagnenbudget der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf, die hinter der Konzernverantwortungsinitiative stehen. In der Sendung wird eine relevante Interessenbindung von Herrn Golder bzw. von GFS nicht offengelegt: Gemäss einem Bericht im Tages-Anzeiger vom 30. September 2020 (Seite 5, "Nur ja kein Wort über Menschenrechte", von Jacqueline Büchi) steht bzw. stand gfs.Bern bezüglich dieser Initiative in einem Auftragsverhältnis mit Economiesuisse. Herr Golder gibt also als "unabhängiger" Experte Einschätzungen über den Auftritt der Pro-Seite in einem Abstimmungskampf ab, bei dem sein Institut für die Gegenseite arbeitet. Nach meiner Einschätzung widerspricht dies dem Transparenz-Gebot. Abgesehen davon ist an der Sachgerechtigkeit zu zweifeln: Worauf stützt sich Golders Einschätzung, wonach für die Konzernverantwortungsinitiative ein fünf mal höheres Budget als die ca. 2 Millionen bei der Jagdgesetz-Abstimmung zur Verfügung stünden? Es ist im besten Fall eine Meinung eines befangenen Beraters. Können Sie darauf hinwirken, dass in einer 10vor10-Sendung diese Interessenbindung von Herrn Golder bezüglich Konzernverantwortungsinitiative möglichst bald erwähnt wird? So könnten die Transparenzanforderungen der SRG an redaktionelle Sendung wenigstens im Nachhinein erfüllt werden.»

Die **Redaktion** hat eine ausführliche Stellungnahme abgegeben:

Am 27. September 2020 hat das Schweizer Stimmvolk über verschiedene Vorlagen abgestimmt, unter anderem über das Jagdgesetz und die Begrenzungsinitiative. 10vor10 hat am Montag nach dem Abstimmungswochenende zwei Hintergrundberichte zu diesen beiden Initiativen publiziert: Zuerst den Beitrag [«Einfluss der Umweltallianzen auf Abstimmungen»](#), dann den Beitrag [«SVP auf Identitätssuche»](#). Beiden Berichten folgten je eine Analyse des Politikwissenschaftlers Lukas Golder von GFS Bern.

Der Beanstander kritisiert nun, wir hätten *«eine relevante Interessenbindung von Herrn Golder bzw. von GFS nicht offengelegt»*. Zudem äussert er Zweifel an Golders Schätzung zur Höhe des Budgets der Konzernverantwortungsinitiative. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

1. Allgemein zu GFS Bern

GFS Bern ist ein wissenschaftliches Forschungsinstitut, das unter anderem immer wieder für die SRG arbeitet. Dass GFS Bern Mandate für die verschiedensten Organisationen und Parteien hat, ist uns selbstverständlich bekannt und spiegelt die wirtschaftlichen Realitäten: Als kommerzielles Forschungsinstitut könnte GFS Bern nur von den Aufträgen der SRG und der öffentlichen Hand nicht überleben. Dasselbe gilt übrigens auch für die Konkurrenten von GFS Bern, wie z.B. sotomo.

Die Mandate von GFS Bern sind sehr breit, wobei die Auswahl der Kunden nicht politisch geprägt ist. Das Forschungsinstitut liefert mit seinen Umfragen den Komitees verschiedenster Couleur Grundlagen für ihre Kampagnen. Ein Blick auf [die aktuellsten Publikationen von GFS Bern](#) weist zudem eine grosse Bandbreite von Schweizer Auftraggebern aus: Von der Credit Suisse über den Touring Club bis zu Amnesty International. GFS Bern ist also kein Lobby-Unternehmen, sondern ein wissenschaftliches Forschungsinstitut, das für alle Organisationstypen mit bewährten wissenschaftlichen Methoden arbeitet.

Anzumerken ist schliesslich, dass die SRG seit mehreren Jahren mit GFS Bern arbeitet. Eine politische Färbung der Kommentare der Vertreter von GFS Bern konnten wir während dieser Zeit nie feststellen. Andernfalls hätte die SRG auf weitere Aufträge verzichtet.

2. Nicht offen gelegte Interessenbindung

Der Beanstander wirft uns vor, wir hätten *«eine relevante Interessenbindung von Herrn Golder bzw. von GFS nicht offengelegt»*, denn *«gemäss einem Bericht im Tagesanzeiger (...) steht bzw. stand gfs.Bern»* bezüglich der Konzernverantwortungsinitiative *«in einem Auftragsverhältnis mit Economiesuisse»*.

Wir teilen mit dem Beanstander die Ansicht, dass relevante Interessenbindungen offengelegt werden müssen. Anders als der Beanstander sind wir aber der Meinung, dass eine allfällige

Interessenbindung von Lukas Golder im konkreten Fall eine untergeordnete Rolle spielte, so dass es nicht zwingend war, sie zu erwähnen. Gerne legen wir unsere Gründe dar.

a) Thema KVI spielte im Gespräch mit Lukas Golder eine untergeordnete Rolle

Am Montag nach dem Abstimmungs-Sonntag hatte das Forschungsinstitut GFS Bern eine Nach-Abstimmungs-Analyse im Auftrag der SRG publiziert. In diesem Zusammenhang hat 10vor10 Lukas Golder, Co-Leiter von GFS Bern, am selben Abend für die Analyse der Ergebnisse der Abstimmung als Studiogast eingeladen.

Die Berichterstattung zu den Abstimmungsergebnissen war sehr ausführlich und hatte inhaltlich zwei Schwerpunkte: Einerseits den überraschenden Sieg der Umweltallianz beim Jagdgesetz, andererseits die klare Niederlage der SVP bei der Begrenzungs-Initiative. Für beide Schwerpunkte gab es je einen Bericht, gefolgt von je einem Studiogespräch mit Lukas Golder.

Im ersten Beitrag wurde die geballte Kampagne der Umweltverbände zum Jagdgesetz thematisiert, wobei neben einem Pro-Natura-Vertreter vor allem auch der Präsident des Bauernverbandes ausführlich zu Wort kam. Zum Schluss des Beitrages wurde auch noch die Konzernverantwortungs-Initiative (KVI) vom November 2020 angesprochen. Dabei wurde dem Publikum klar: Weder Initianten noch Gegner wollen ihr tatsächliches Budget verraten und beide Seiten spielen die Höhe ihres Budgets herunter.

Im darauffolgenden Interview mit Lukas Golder ging es dann mehrheitlich wieder um die Abstimmung zum Jagdgesetz. Wörtlich lautete das Gespräch wie folgt:

Moderator:

«Im Kampf gegen das neue Jagdgesetz setzen sich Pro Natura, WWF und Co. durch. Der David ist längst kein David mehr, wie auch die Direktorin von Econmiesuisse feststellt. Im Studio begrüsse ich dazu Lukas Golder, Politikwissenschaftler am GFS Bern. Wie beurteilen sie den Erfolg der Umweltallianz gestern?»

Lukas Golder, Politikwissenschaftler GFS Bern:

«Das war signifikant, und die Mittel, die sie gebraucht haben wie bei der SVP, sie haben provoziert, sie haben zugespitzt, mit der Wahrheit vielleicht nicht immer ganz so ernst genommen. Sie haben viel investiert, viel Geld – und einen klaren Plan gehabt. Das haben sie von der SVP gelernt. Und was sie vielleicht sogar besser machen als die SVP, würde ich sagen, ist die Allianz, die breite Abstützung, dass man gemeinsam vorwärts gegangen ist, gemeinsam auch eine Botschaft hatte – vom ersten Moment, von der ersten Unterschrift an, die sie gesammelt haben gegen das Jagdgesetz.»

Moderator:

«Jetzt muss man Allianzen schmieden, man muss aber auch Mehrheiten schaffen, gerade in solchen Fragen ist es wichtig, dass man die Mitte erreicht – machen das die Umweltverbände vielleicht auch besser als in früheren Jahren?»

Lukas Golder, Politikwissenschaftler GFS Bern:

«Ja, ich glaube, das vielleicht etwas Fundamentalistische, das früher manchmal etwas durchgeschimmert hat, das hat man nachher am Schluss, wo es richtig breit in die Kampagne gegangen ist, als man die Bevölkerung erreichen wollte, plötzlich waren nur noch Leute im Präsidium, die aus der Mitte gekommen sind, aus der FDP, das hat mich ja sogar überrascht im Verlauf dieser Debatte. Die hatten also in jedem Punkt einen klaren Plan und auch die richtigen Leute.»

Während es in den beiden vorangehenden Fragen um das Jagdgesetz ging, kam der Moderator schliesslich in der dritten Frage auf die KVI zu sprechen:

Moderator:

«Jetzt haben wir es im Beitrag gesehen. Es kommen viele Vorlagen auf uns zu in diesem Bereich – im umweltpolitischen Bereich, aber auch im gesellschaftspolitischen Bereich. Die nächste steht Ende November an mit der Konzernverantwortungsinitiative. Was denken Sie, kann der Schwung der Umweltverbände mitgenommen werden auch für diese Vorlage?»

Lukas Golder, Politikwissenschaftler GFS Bern:

«Ja, es ist ja wieder eine Allianz, eine starke Allianz, die gemeinsam marschieren will. Und man kann davon ausgehen, dass das nochmals fünfmal mehr Mittel sind, auch an Geldmittel, nachdem was man schon gesehen hat jetzt beim Jagdgesetz. Also das kommt nochmals mit viel mehr Wucht, wird noch sehr viel intensiver. [Man] muss allerdings auch sagen, dass das Kämpfen für eine Initiative die schwierigste Kampagne ist. Ein «Ja» bei einer Initiative ist selten. Das hat die SVP auch schon geschafft, jetzt wollen wir schauen, was diese Allianz hier schafft.»

Moderator:

«Diesen Faden würde ich gerne später nochmals aufnehmen. Sie bleiben bei uns. Wir reden nämlich noch über eine zweite Vorlage des gestrigen Abstimmungssonntags.»

Danach folgte ein zweiter Beitrag, in dem es um die Niederlage der SVP bei der Begrenzungs-Initiative ging. Im Beitrag wurden auch die Resultate der Nachwahlbefragung von GFS aufgezeigt. Im nachfolgenden Studiogespräch mit Lukas Golder ging es in drei Fragen um die aktuellen Probleme der SVP (*«woran krankt die Partei?»*, *«denkt sie noch zu fest wie eine Oppositionspartei?»*) und wie sie wieder erfolgreicher werden könnte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ganze Berichterstattung zu den Abstimmungsergebnissen über 12 Minuten dauerte, also fast die Hälfte der ganzen 10vor10-Sendung an diesem Abend. Das zweiteilige Studiogespräch dauerte rund viereinhalb Minuten. Die insgesamt sechs Fragen, die der Moderator dem Studiogast während des Gesprächs stellte, teilten sich wie folgt auf:

- 2 Fragen zum Jagdgesetz
- 1 Frage zur Konzernverantwortungsinitiative
- 3 Fragen zur SVP

Lukas Golder hat sich also im ganzen Gespräch nur in einer Frage zur KVI geäußert, was zeitlich rund eine halbe Minute ausmachte. Das Thema KVI stellte also im Gespräch mit Lukas Golder inhaltlich wie zeitlich klar einen Nebenpunkt dar. Aus unserer Sicht war es deshalb nicht zwingend, allfällige Interessenbindungen von Lukas Golder in dieser Hinsicht zu thematisieren. Zum Vergleich: Auch in einer Ratsdebatte nennen wir - wie auch andere Medien - nicht jedes Mandat oder jede Interessenbindung der Redner (z.B. wenn ein Redner in einer Debatte über Prämien ein Verwaltungsratsmandat bei einer Krankenkasse innehat). Das wäre journalistisch schlicht nicht praktikabel.

Festzuhalten ist, dass wir relevante Interessenbindungen grundsätzlich offenlegen, wenn das Hauptthema eines Interviews damit im Zusammenhang steht: Das können Verwaltungsratsmandate oder Ämter in bestimmten Organisationen oder Institutionen sein. Auch bei einem Experten kann es durchaus wichtig sein, transparent zu machen, wer seine Forschung finanziert. Geht es allerdings um den Vertreter eines Forschungsinstituts, mit dem SRF über Jahre hinweg gute Erfahrungen gemacht hat und von dessen zahlreichen Mandaten allenfalls eines im Zusammenhang mit einer untergeordneten Frage in einem längeren Interview steht, dann ist dessen Erwähnung aus journalistischer Sicht nicht zwingend. Eingeladen und befragt wurde Lukas Golder in erster Linie zur Analyse der Abstimmungsergebnisse zum Jagdgesetz und der Begrenzungsinitiative, die Frage zur KVI stellte inhaltlich und zeitlich klar einen Nebenpunkt dar.

b) Aussage war differenziert, unparteiisch und als Schätzung erkennbar

Die Aussage von Lukas Golder zur KVI war zudem differenziert und unparteiisch. Eine Befangenheit können wir nicht erkennen. Sie rückte weder die Befürworter noch die Gegner der KVI in ein schlechtes Licht und ist weitgehend belegbar. Dort wo sie nicht belegbar ist, war seine Aussage klar als Schätzung erkennbar.

Wörtlich sagte Golder:

Lukas Golder, Politikwissenschaftler GFS Bern:

«Ja, es ist ja wieder eine Allianz, eine starke Allianz, die gemeinsam marschieren will. Und man kann davon ausgehen, dass das nochmals fünfmal mehr Mittel sind, auch an Geldmittel, nachdem was man schon gesehen hat jetzt beim Jagdgesetz. Also das

kommt nochmals mit viel mehr Wucht, wird noch sehr viel intensiver. [Man] muss allerdings auch sagen, dass das Kämpfen für eine Initiative die schwierigste Kampagne ist. Ein «Ja» bei einer Initiative ist selten. Das hat die SVP auch schon geschafft, jetzt wollen wir schauen, was diese Allianz hier schafft.»

Dass es sich um eine «starke Allianz» handelt wurde bereits im Beitrag festgehalten. Wörtlich hiess es:

Auch die Konzernverantwortungsinitiative ist breit abgestützt. Über 130 Organisationen stehen dahinter. Und rund 60.000 Privatpersonen haben bei sich zu Hause auf dem Balkon eine solche Abstimmungsfahne aufgehängt, sagt Melchior Lengsfeld vom Hilfswerk Helvetas.

Auch die weiteren Aussagen Golders zur KVI sind Fakten: Es ist belegbar schwieriger, eine Initiative zu gewinnen als ein Referendum; die SVP hat bereits Initiativen gewonnen, zum Beispiel 2014 die Masseneinwanderungsinitiative. Und die Allianz muss im konkreten Fall nun tatsächlich beweisen, dass sie diese Initiative gewinnen kann.

Dass Lukas Golder davon ausgeht, «dass fünfmal mehr Mittel» als beim Jagdgesetz vorhanden seien, ist als eine Schätzung erkennbar. Seine Aussage bezieht sich zudem auf die Mittel der ganzen «Allianz» und nicht nur auf das Budget des Initiativ-Komitees. Das Crowdfunding und das Netzwerk der erwähnten Allianz umfasst z.B. auch eine Sammelaktion der SP zugunsten der Kampagne für die Konzernverantwortungsinitiative, d.h. die gesamten Mittel gehen definitiv über das Budget des Initiativ-Komitees hinaus.

Der Beanstander fragt, worauf sich Golders Einschätzung stütze und meint «es ist im besten Fall eine Meinung eines befangenen Beraters». Eine Befangenheit können wir in Golders Aussage wie erwähnt nicht erkennen. Wir geben dem Beanstander aber Recht, dass es sich um eine Meinung resp. Schätzung handelt. Tatsache ist, dass die Kampagnenbudgets nicht öffentlich sind – darauf haben wir im Beitrag explizit hingewiesen: «Wieviel Geld sie in die Kampagnen zur Konzernverantwortungsinitiative investieren werden, wollen weder die Gegner noch die Befürworter verraten.» Expertenäusserungen zu Kampagnenbudgets sind also gezwungenermassen Schätzungen. Dies stellte der interviewte Experte in seiner Aussage auch klar: Er erwähnte keinen absoluten Betrag und machte mit den Worten «man kann davon ausgehen, dass...» deutlich, dass es sich um eine Approximation handelt. Für das Publikum war also transparent, dass es sich bei der ungefähren Angabe um eine Schätzung des interviewten Politikwissenschaftlers handelte.

Solche Schätzungen sind in Interviews üblich – eine Rückfrage durch den Journalisten ist in einem Live-Interview nur dann zwingend, wenn die Dimension der Schätzung im Zentrum der Berichterstattung steht und/oder diese völlig unplausibel erscheint. Das war hier beides nicht der Fall. Die konkrete Dimension von Golders Schätzung stand weder im Zentrum des Interviews mit ihm, noch war sie völlig unplausibel oder einfach aus der Luft gegriffen.

Dass die Budgets beider Lager ungewöhnlich hoch sind, scheint unbestritten. In den Medien geistert beispielsweise die Zahl von acht Millionen für das Kampagnenbudget der Initiativ-Gegner herum. Gleichzeitig haben verschiedene Medien aufgezeigt, dass die Budgets der NGOs sehr hoch sind. Die Schlussfolgerung, dass sich Gegner und Befürworter im Abstimmungskampf auch bezüglich ihrer Geldmittel auf Augenhöhe begegnen, liegt nahe und wird verschiedentlich geäußert:

«Man könnte eine Kampagne David gegen Goliath vermuten, wie bei der Abzocker-Initiative. Bei der KVI kämpfen 120 Nichtregierungsorganisationen gegen die Konzerne. Doch dieses Mal wird es ein Kampf Goliath gegen Goliath.»

Schaffhauser Nachrichten 9. Juni 2020 «Goliath gegen Goliath», von Doris Kleck

«Zum Kampagnenbudget schweigen sich die Initianten aus. Schätzungen gehen ebenfalls in die Millionen. Es dürfte ein Kampf Goliath gegen Goliath werden.»

Tagesanzeiger vom 30.9.2020, «Nur ja kein Wort über Menschenrechte», von Jacqueline Büchi

«Ihre Budgets übersteigen jenes des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse, ihre Mitgliederzahlen wachsen: Die Umweltverbände haben an Schlagkraft stark zugelegt.»*

NZZ am Sonntag, 13.9.2020, «Volle Kassen: So mischt reiche Umweltlobby das Bundeshaus auf», von Stefan Bühler und Daniel Friedli (gemeint ist die allgemeine finanziellen Schlagkraft der Umweltverbände)*

Im Hinblick auf das vermutete Budget von Economiesuisse und die gut gefüllten Kampagnenkassen der Umweltverbände, scheint die vom Studiogast genannte Dimension des Budgets der Initiativ-Befürworter also nicht etwa als völlig aus der Luft gegriffen.

Wichtig scheint uns auch, dass Golder keine konkrete Zahl nannte, sondern dem Publikum den richtigen Eindruck vermittelte, dass für einmal nicht nur die Wirtschaftsverbände, sondern auch die Allianz von verschiedensten NGOs über ein überdurchschnittlich hohes Budget für den Abstimmungskampf verfügt. Es war diese Information mit Newswert, welche im Zentrum der Berichterstattung über die Abstimmungsergebnisse zum Jagdgesetz und auch im kurzen Gesprächsteil mit Lukas Golder über die KVI stand - und nicht etwa eine exakte Summe, die Lukas Golder zudem nicht einmal konkret genannt hatte.

Anzumerken ist auch, dass die Aussage von Lukas Golder die Initianten nicht etwa in ein schlechtes Licht rückte – zumal die lange und intensive Präsenz der Pro-Kampagne, welche ebenfalls auf ein hohes Budget schliessen lässt, einem breiten Publikum bereits aufgefallen sein dürfte. Gleichzeitig erwähnt Golder auch die grundsätzliche Schwierigkeit, eine Initiative zu gewinnen – er erweckt also keineswegs den Eindruck, die Initianten hätten aufgrund ihres hohen Budgets schon fast gewonnen. Insgesamt war die Aussage von Lukas Golder also differenziert, unparteiisch und klar als Schätzung erkennbar.

c) Fazit

Festzuhalten ist noch einmal, dass wir relevante Interessenbindungen grundsätzlich offenlegen, wenn sie das Hauptthema eines Interviews betreffen. Im konkreten Fall sind wir aber der Meinung, dass die Frage zur KVI inhaltlich und zeitlich im Verhältnis zu den anderen fünf Fragen ganz klar eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Zudem war die Aussage des Experten inhaltlich differenziert und unparteiisch. Seine Schätzung bezüglich des Budgets der Pro-Allianz war als solche erkennbar und nicht völlig aus der Luft gegriffen. Sie erforderte deshalb während des Live-Gesprächs auch nicht zwingend eine Intervention des Moderators. Der dem Publikum vermittelte Eindruck, dass nicht nur die Wirtschaftsverbände, sondern auch die Allianz von verschiedensten NGOs über ein überdurchschnittlich hohes Budget für den Abstimmungskampf verfügen, entspricht den Tatsachen.

Wir sind deshalb der Meinung, dass unsere Berichterstattung inhaltlich korrekt war und auch das Transparenzgebot nicht verletzt hat. Das Publikum war in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden. Wir bitten Sie deshalb, die Beanstandung nicht zu unterstützen.

Die **Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

Das wissenschaftliche Forschungsinstitut GFS Bern macht seit Jahren Umfragen und Abstimmungsanalysen für die SRG. Richtig ist, dass beim Kunden SRG als öffentlicher Sender besondere Vorsicht angebracht ist, wenn es um Abstimmungsanalysen im Vorfeld oder im Nachgang geht. Dass GFS Bern SRG nicht als Kunde akzeptieren darf, wenn das Institut auch Vertreter der befürwortenden oder der gegnerischen Seite zu seinen Kunden zählt, wäre allerdings zu viel verlangt. Es gibt wenig Forschungsinstitute mit dem gleichen Renommée und es ist deshalb naheliegend, dass auch Wirtschaftsverbände, aber auch Gewerkschaftsverbände oder Nichtregierungsorganisationen auf die Markt- und Meinungsforschung von GFS Bern zurückgreifen. Die Massstäbe, die das Forschungsinstitut bei seinen Kunden anwendet, sind allerdings wissenschaftlich begründet und überall die gleichen. Vor allem aber interpretiert GFS Bern Abstimmungsvorlagen nicht inhaltlich, sondern beschränkt sich auf die Analyse von Umfrageergebnissen, abgestützt durch die Forschungsmethoden.

Bei der einen Frage, bei der es um die Konzernverantwortungsinitiative ging, äusserte sich Lukas Golder zur Allianzstärke, zu den geschätzten Geldmitteln, die eingesetzt werden und ganz grundsätzlich zu den Chancen, dass eine Initiative beim Stimmvolk angenommen wird. Die Allianzstärke ist ein Fakt und jederzeit überall überprüfbar. Sowohl das gegnerische als auch das befürwortende Komitee beweist auf Plakaten und in Inseraten wie breit abgestützt es ist. Zudem wird im SRF-Beitrag selbst darauf eingegangen, indem Melchior Lengsfeld der Entwicklungsorganisation «Helvetas» betont, dass 130 Organisationen dahinterstehen und rund 60'000 Privatpersonen eine KVI-Ja-Fahne bei sich aushängen. Wenn man dann auch

noch die Unternehmen, die sich für die KVI aussprechen, realistischerweise als Geldgeber für die Abstimmungskampagne dazuzählt, ist die Schätzung «fünfmal mehr Mittel» nachvollziehbar. Ganz abgesehen davon, dass es sich eben um eine Schätzung handelt, wie Lukas Golder das auch mit dem Ausdruck «man kann davon ausgehen» unterstreicht.

Hinlänglich bekannt und statistisch überprüfbar ist die Tatsache, dass Initiativen vor dem Volk nur zu einem kleinen Teil angenommen werden, nämlich nur zu rund 10 Prozent.

Ein Grund zur Offenlegung des Kunden «economiesuisse» im Zusammenhang mit der KVI besteht nicht, wie oben dargelegt. Das Sachgerechtigkeitsgebot erachten wir aufgrund der Schätzung bezüglich der eingesetzten Mittel als nicht verletzt.

Sollten Sie mittels Beschwerde an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) gelangen wollen, orientiert Sie die beigelegte Rechtsbelehrung darüber.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG.D